

## ANTRAG

### **auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Rahmen der Förderrichtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung**

Investitionsbank  
des Landes Brandenburg  
Förderbereich Eigenkapital/Gründung  
Postfach 90 02 61  
14438 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Zutreffendes bitte im Antrag ankreuzen

Eingangsstempel der  
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Antragstellungen sind bis zum 30.06.2014 (Posteingang bei der ILB) möglich. Die vollständige Beantwortung der Fragen in diesem Antragsformular sowie in den beigefügten Anlagen ist Voraussetzung für die Bearbeitung Ihres Antrages. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung.

Mit dem Vorhaben darf erst nach Erhalt eines Zuwendungsbescheides begonnen werden. Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages.

Ich/wir beantrage/n die Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln der o. g. Richtlinie.

### 1 Antragsteller

#### 1.1 Hauptsitz

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname/Firma

\_\_\_\_\_  
Postanschrift (Straße und Hausnr./Postfach/PLZ und Ort)

\_\_\_\_\_  
Geschäftsführer

Ansprechpartner: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname (Funktion)

\_\_\_\_\_  
Tel./Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

#### 1.2 Branche

\_\_\_\_\_  
Art der gewerblichen Tätigkeit/Nummer der amtlichen Statistik

1.3 Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)

\_\_\_\_\_  
Rechtsform  
\_\_\_\_\_  
Zuständiges Finanzamt/PLZ/Ort  
\_\_\_\_\_  
Steuernummer

1.4 Eintragung

- Handelsregister am: Registernummer:  
 Handwerksrolle am: Betriebsnummer:  
 keine

1.5 Zugehörigkeit: Bitte fügen Sie den Nachweis bei!

- IHK  HWK  
 Sonstige  keine

1.6 Gewerbeanmeldung/-erlaubnis: (Bitte fügen Sie den Nachweis bei!)

\_\_\_\_\_  
Datum der Ausstellung am Standort:

2 Angaben zum Unternehmen

2.1 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

Anzahl	Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
unmittelbar vor Beginn des Vorhabens (Zeitpunkt der Antragstellung)				
neu zu schaffende Dauerarbeitsplätze/ Ausbildungsplätze <sup>1</sup>				
nach Abschluss des Vorhabens				

**Jahresumsatz**

- unter 10 Mio. EUR  
 10 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR  
 über 50 Mio. EUR

**Bilanzsumme**

- unter 10 Mio. EUR  
 10 Mio. EUR bis 43 Mio. EUR  
 über 43 Mio. EUR

<sup>1</sup> Förderrelevant sind **neue Arbeitsplätze**, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der geförderten Investitionsmaßnahme stehen, über einen Zeitraum von zwei Jahren durch einen Arbeitsvertrag begründet werden (Bindefrist) und in den sechs Monaten vor Antragstellung nicht anderweitig besetzt waren. Bei Kündigung innerhalb der Bindefrist ist der Arbeitsplatz neu zu besetzen, ansonsten ist der bewilligte Festbetrag anteilig zurückzuzahlen. Förderfähig sind nur Arbeitsverhältnisse mit Personen, die vor der Einstellung nachweislich erwerbslos waren oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Arbeitsplätze von Leiharbeitskräften können nur berücksichtigt werden, wenn diese Beschäftigungsverhältnisse innerhalb von zwei Jahren in feste Arbeitsverhältnisse beim Antragsteller umgewandelt werden. Nicht berücksichtigt werden Arbeitsverhältnisse mit Personen, die zugleich Inhaber oder Anteilseigner am Unternehmen sind, die innerhalb eines Zeitraumes von einem halben Jahr vor Antragstellung bereits im Unternehmen beschäftigt waren oder die in Teilzeitbeschäftigung unter zwanzig Wochenstunden stehen.

**Neue Ausbildungsplätze** können bei der Förderung nur dann berücksichtigt werden, wenn das Ausbildungsverhältnis betrieblich begründet und bis zur Prüfung der Auszubildenden von der zuständigen Stelle weitergeführt wird. Bei Kündigung in der Probezeit oder aus wichtigem Grund innerhalb von zwei Jahren ist der Ausbildungsplatz neu zu besetzen, ansonsten ist der Festbetrag anteilig zurückzuzahlen.

2.2 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens (Leitlinien der EU-KOM für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. EG C 244/2 vom 1. Oktober 2004)

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

nein  ja Bitte erläutern (ggf. Anlage):

---



---

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

nein  ja Bitte erläutern (ggf. Anlage):

---



---

Wurde für die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe in den vergangenen Jahren eine Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfe gewährt?

nein  ja Bitte erläutern (ggf. Anlage):

---



---

3 **Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen**

Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist?

Hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen?

Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?

nein  ja

Wenn „ja“, dann ist die Darstellung der Beteiligungen mit einem Organigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“) zu unterlegen.

**Achtung:** Nachfolgende Tabellen sind unter Angabe der zum Zeitpunkt der Antragstellung aktuellen Zahlen vollständig auszufüllen bzw. - soweit nicht zutreffend - zu entwerten!

**Gesellschafter des Antragstellers (ggf. auch Komplementär GmbH):**

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

\*bei Unternehmen

Beteiligung der **Gesellschafter** des Antragstellers an anderen Unternehmen:

Name des Gesellschafters	Unternehmen	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschaftskapitals	Jahresumsatz in EUR	Bilanzsumme in EUR	Anzahl Beschäftigte

Beteiligung des **Antragstellers/des antragstellenden Unternehmens** an anderen Unternehmen:

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

\*bei Unternehmen

Liegt ein Beherrschungsvertrag vor?

nein  ja, mit wem: \_\_\_\_\_

Streubesitz  nein  ja Wenn ja, dann bitte Erklärung unter Ziffer 10 abgeben.

**4 Vorförderung(en) für den unter Ziffer 1 angegebenen Antragsteller**

Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

nein  ja, dann bitte in der Tabelle angeben:

Antragsnummer der ILB	Förderprogramm

**5 Angaben zum Vorhaben**

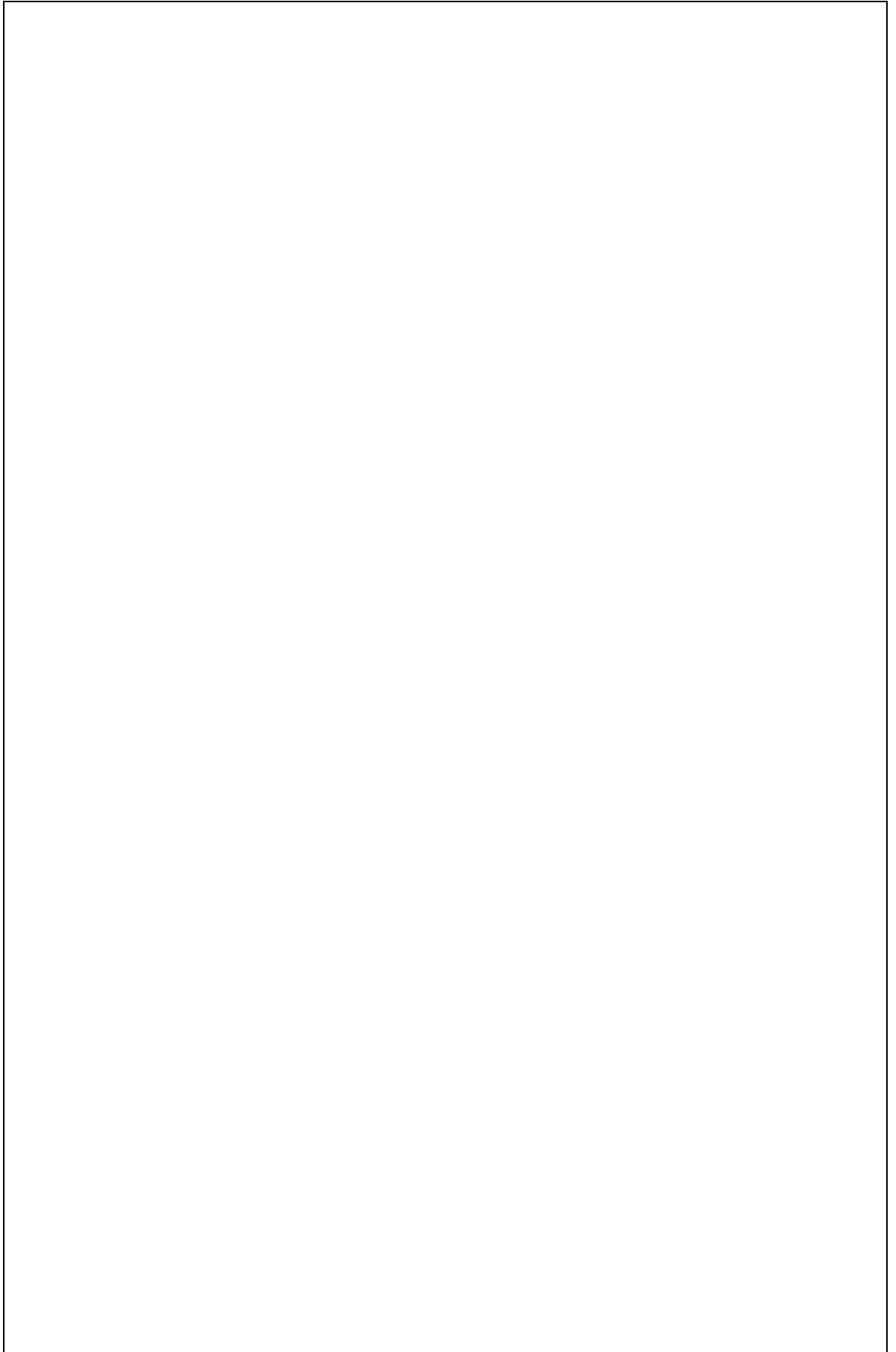
5.1 Investitionsort

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

5.2 Wirtschaftszweig des zu fördernden Unternehmens, Branchen- und Tätigkeitsbeschreibung (Unternehmensbeschreibung)

A large, empty rectangular box with a thin black border, occupying most of the page below the section header. It is intended for the user to provide a detailed description of the company's economic sector, industry, and activities.

### 5.3 Art des Vorhabens

Schwerpunktausrichtung auf folgende Gebiete (mehrere Kreuze möglich):

Investive Vorhaben:

- Investitionen zur Errichtung einer Betriebsstätte
- Investitionen zur Erweiterung einer Betriebsstätte
- Investitionen zur Umstellung/Rationalisierung/Modernisierung einer Betriebsstätte
- Investitionen zur Modernisierung bzw. Umstellung von Betriebsausstattung
- Investitionen zur Erschließung, Beräumung und Sanierung brachliegender gewerblicher Flächen und Gebäude zur direkten Vorbereitung einer Unternehmensansiedlung
- Investitionen zur notwendigen Anpassung gemieteter/gepachteter gewerblicher Immobilien an die eigene Produktions- und Fertigungstechnologie
- Investitionen für Maßnahmen zur Einführung neuer Produktions- bzw. Umwelt- und Energietechnologien und Vorhaben zur Qualitätssteigerung
- Investitionen in notwendige Gestaltungsmaßnahmen an gewerblich genutzten Gebäuden und baulichen Anlagen zur Verbesserung der betrieblichen Abläufe und Anpassung an das bauliche Umfeld
- Investitionen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Investitionen zur Integration von Menschen mit Behinderungen

Nicht investive Vorhaben:

- vorbereitende Maßnahmen in unmittelbarem Zusammenhang vorgenannter förderfähiger Investitionen
- Maßnahmen zur Förderung von betrieblichen Vermarktungs- und Standortstrategien
- Förderung gemeinsamer Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. überbetriebliche Kinderbetreuung)
- Maßnahmen zur Förderung von City- und Geschäftsstraßenmanagement
- spezifische Unterstützungsmaßnahmen zur Inhabernachfolge

### 5.4 Angaben zu den mit dem Vorhaben erwarteten Zielen

- Schaffung von Arbeits- und/oder Ausbildungsplätzen
- Ansiedlung des Unternehmens im INSEK-Gebiet
- Erweiterung/Rationalisierung/Modernisierung der Betriebsstätte
- Existenzgründung
- Einführung neuer Technologien und Dienstleistungen
- Gestaltung von Gebäuden und baulichen Anlagen
- Sicherung der ortsnahe Versorgung der Einwohner oder anderer Unternehmen
- Verbesserung der wirtschaftlichen Verflechtung des Unternehmens

### 5.5 Beschreibung und Begründung des Vorhabens

*Bitte beschreiben Sie in der Anlage A formlos die vorgesehenen investiven und nicht investiven Maßnahmen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Entwicklung des Unternehmens. Gehen Sie bitte insbesondere auf die von Ihnen unter Ziff. 5.4 aufgeführten Vorhabensziele ein.*

## 5.6 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

### Achtung:

Mit dem Vorhaben darf erst nach Erhalt eines Zuwendungsbescheides begonnen werden. Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages. Das Vorhaben muss bis zum 30.09.2014 abgeschlossen, d. h. realisiert und vollständig bezahlt sein.

	Tag	Monat	Jahr		Tag	Monat	Jahr	
Beginn					Beendigung			

## 6 Gesamtausgaben (ohne Umsatzsteuer)

	EUR
Anschaffungs-, Miet- oder Pachtkosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum Investitionsvorhaben zählender Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	
davon Kostengruppen nach DIN 276	
100 Grundstücke	
200 Herrichten und Erschließen	
300 Bauwerk - Baukonstruktion	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	
500 Außenanlagen	
600 Ausstattung und Kunstwerke	
700 Baunebenkosten	
davon Anschaffungskosten für Maschinen und Anlagen	
Ausgaben für den Grundstücks- und Immobilienerwerb <sup>2,3</sup>	
Ausgaben für den Erwerb gebrauchter Wirtschaftsgüter <sup>3</sup>	
Ausgaben für die Vorbereitung von Investitionen (u. a. Planungsleistungen)	
Ausgaben für Beratungsleistungen	
Sonstige Ausgaben <sup>4</sup>	
<b>Gesamt</b>	

### Verteilung der Ausgaben nach Jahren (max. 24 Kalendermonate)

Jahr	Betrag (in EUR)

<sup>2</sup> Bitte erläutern Sie in der Anlage B - Erwerb gebrauchter Wirtschaftsgüter, Erwerb von Grundstücken und/oder Immobilien - warum dieser Erwerb vorhabensbedingt unvermeidbar ist bzw. ob es sich um den Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte handelt.

<sup>3</sup> Die Ausgaben für den Grundstückserwerb dürfen nicht mehr als 10 % der gesamten förderfähigen Ausgaben des Vorhabens ausmachen.

<sup>4</sup> Bitte näher erläutern!

## 7 Finanzierung

Mittelherkunft	EUR
Beantragte Zuwendung	
Kommunaler Miteleistungsanteil	
Investitionszulage	
Eigenmittel	
Sonstige Mittel <sup>5</sup>	
Hausbankdarlehen	
<b>Gesamt<sup>6</sup></b>	

<sup>5</sup> Bitte näher erläutern.

<sup>6</sup> Nachweis der Finanzierung des Vorhabens durch Bestätigung der Hausbank gemäß Anlage C - Erklärung der Hausbank. Bitte beachten: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss den Gesamtausgaben des beantragten Vorhabens entsprechen! Der beihilfefreie Eigenbeitrag des Antragstellers muss mindestens 25 % der Gesamtfinanzierung betragen.



## 8 Erklärungen

- 8.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir vor Antragseingang in der ILB nicht mit dem Vorhaben begonnen habe(n).<sup>7</sup>
- 8.2 Ich/Wir erkläre(n), dass keine andere, als die hier beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben bei einer anderen Stelle- mit Ausnahme der Investitionszulage oder beihilfefreier Produkte öffentlicher Förderinstitute- beantragt wurde oder wird. Darunter fallen u. a. auch zinsverbilligte Darlehen, Bürgschaften aus öffentlichen Mitteln, Rückbürgschaften oder Haftungsentlastungen.
- 8.3 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag und beigefügten Anlagen.
- 8.4 Ich/Wir erkläre(n), dass im Kostenplan Mehrwertsteuer und Finanzierungskosten nicht enthalten sind.
- 8.5 Ich/Wir erkläre(n), dass das antragstellende Unternehmen gemäß geltender Definition der EU<sup>8</sup> kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist.
- 8.6 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Angaben zu:

- a) Antragsteller (Ziffer 1.1)
- b) Branche (Ziffer 1.2)
- c) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.3)
- d) Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz/Jahresbilanzsumme (Ziffer 2.1)
- e) Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in den Vorjahren (Ziffer 2.2)
- f) Beteiligungsverhältnissen (Ziffer 3 und 10)
- g) Vorförderung der Betriebsstätte (Ziffer 4) bzw. der erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgüter
- h) Vorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffer 5.1 - 5.5)
- i) Beginn des Vorhabens (Ziffer 5.6 und 8.1)
- j) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 7 und 8.2)
- k) Angaben der Anlage B „Erwerb gebrauchter Wirtschaftsgüter/Erwerb von Grundstücken und/oder Immobilien“ (sofern die Anlage Bestandteil des Antrages ist)

Mir/Uns sind weiterhin das Brandenburgische Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl Bbg I, Nr. 24, Seite 306) sowie § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Dies gilt insbesondere auch für die Mittelabrufe und die zu führenden Verwendungsnachweise.

- 8.7 Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.

<sup>7</sup> Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages

<sup>8</sup> ABl. (EG) Nr. C 244 vom 01.10.2004, S. 2, siehe Erläuterungen zum Antragsformular

- 8.8 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/25 vom 31.07.2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/1 vom 31.07.2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 45/3 vom 15.02.2007) Anwendung findet.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass folgende Daten entsprechend Artikel 7, Absatz 2, lit d) der Verordnung (EG) 1828/2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 45/3 vom 15.02.2007) veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten,
- Bezeichnung des Vorhabens,
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel.

- 8.9 Die Regeln der Förderfähigkeit der Ausgaben werden bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines Operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 Verordnung (EG) Nr. 1083/2006).

- 8.10 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht Gegenstand eines Wiedereinziehungsverfahrens infolge einer Produktionsverlagerung innerhalb Deutschlands oder in einem anderen Mitgliedstaat der EU bin/sind oder war/waren.

- 8.11 Mir/Uns ist bekannt, dass die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes (vgl. entsprechende Auflage unter Nr. 1.1 der ANBest-P/ANBest-G) erfolgt. Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen der Durchführung der Maßnahme die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts gemäß Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G sowohl für bereits vor Antragstellung vergebene Aufträge als auch für zukünftige Aufträge einzuhalten sind, sofern die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt.

Unabhängig von der Zuwendungshöhe sind öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abweichend von Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G zur Einhaltung des Vergaberechts verpflichtet.

Insbesondere ist mir/uns bekannt, dass Verstöße gegen das Vergaberecht eine Kürzung der Zuwendung zwischen 25 % und 100 % zur Folge haben können.

Auskunft und Unterstützung hinsichtlich Inhalt, Form und Fristen der Ausschreibung gemäß den Vergabevorschriften Nr. 3 ANBest-P bieten die Auftragsberatungsstelle für das öffentliche Auftragswesen im Land Brandenburg e. V.

Mittelstraße 5  
12529 Schönefeld

Tel.: 030 3744607-0  
Fax: 030 3744607-21

oder die zuständigen Industrie- und Handelskammern.

Bei Auftragswerten > 5.000 Euro besteht ferner die Möglichkeit, sich von der Auftragsberatungsstelle des Landes geeignete Bewerber benennen zu lassen.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift/Stempel

## **9 Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung**

- 9.1 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Vorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

- 9.2 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergegeben werden können.
- 9.3 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zur Prüfung des Antrages Sachverständige/ Gutachter hinzugezogen werden können.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

## 10 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (nur abzugeben, wenn zutreffend<sup>9</sup>)

Ich gehe/Wir gehen aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1, 2, 3 und 4 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in Ziffer 1, 2, 3 und 4 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

## 11 Bestätigung Steuerberater/Wirtschaftsprüfer

Die Angaben zum Unternehmen/zur Person werden nach Einsichtnahme der in Frage kommenden Unterlagen wie z. B. Gesellschaftsverträge, Handelsregisterauszüge, an deren Vollständigkeit und Richtigkeit zu Zweifeln kein Anlass bestand, hiermit bestätigt.

Weiterhin wird bestätigt, dass das Unternehmen nicht tatsächlich überschuldet ist und in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Ich/Wir bestätige(n), dass

- die **Investitionszulage** für zulagenfähige Ausgaben in Höhe von \_\_\_\_\_ EUR voraussichtlich insgesamt \_\_\_\_\_ EUR betragen wird.
- die zur Förderung angemeldeten Investitionen **nicht investitionszulageberechtigt** sind.
- keine Ersatzbeschaffungen** Gegenstand des zur Förderung angemeldeten Vorhabens sind.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift Steuerberater/Wirtschaftsprüfer/Stempel/Siegel

<sup>9</sup> Maßgeblich ist die Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch die Antragsteller diese Erklärung abzugeben.

**Achtung:** Ohne diese Bestätigung kann der Antrag nicht angenommen und bearbeitet werden.

**Bestätigung der Stadt** \_\_\_\_\_

Es wird bestätigt, dass:

- die beantragten Maßnahme den Zielen der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung sowie den räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten des INSEK entspricht.
- die Stadt den kommunalen Mitleistungsanteil in Höhe von \_\_\_\_\_ EUR bereitstellt.
- die Maßnahme innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden kann.
- der Preis für den Grund- und/oder Immobilienerwerb nicht über dem Marktpreis liegt.

Im Rahmen der Maßnahme erfolgt die Ansiedlung eines KMUs auf einer durch den kommunalen Teil der Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung geförderten Fläche.

- ja       nein

für Baumaßnahmen:

Das vorgelegte Bauprogramm/Raumprogramm/Bau- und Raumprogramm\* wird bestätigt.

- ja       nicht erforderlich

---

---

---

---

---

bei Anträgen von Ärzten und Zahnärzten:

Stellungnahme, welche den Mehrwert der Maßnahme für die städtische Entwicklung darstellt (Notwendigkeit und Auswirkungen).

---

---

---

---

---

---

---

---

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift/Stempel/Siegel

## Anlagen

zum Verbleib beim Antragsteller:

- KMU-Kundeninformationsblatt
- Kundeninformationsblatt „Allgemeine De-minimis-Regel“
- Merkblatt „Vergabebestimmungen“

(☒ sind beigelegt)

mit dem Antrag einzureichen:

- Beschreibung und Begründung des Vorhabens - Anlage A
  - Darstellung der zeitlichen Abfolge der Einzelmaßnahmen
  - bei Baumaßnahmen:
    - vollständige Entwurfszeichnung
    - Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart
    - Kostenberechnung aufgegliedert nach DIN 276
    - Bauzeitenplan
    - Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen, die - soweit vorhanden - beizufügen sind
    - wenn Summe der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt:
      - Ergebnis der baufachlichen Prüfung durch die Stadt
  - bei sonstigen Maßnahmen:
    - detaillierte vorhabenbezogene Kostenschätzungen
  - Miet-/Pachtvertrag in Kopie bzw. Kopie des Grundbuchauszugs, Auszug aus der Flurkarte
  - Erklärung der Hausbank - Anlage C
  - Bescheinigung über „De-minimis“-Beihilfen
  - entsprechend der Rechtsform des Antragstellers
    - ein aktueller Handelsregisterauszug (Kopie)
    - Gewerbeanmeldung (Kopie)
    - Gesellschaftsvertrag (Kopie)
  - (wenn eine Betriebsaufspaltung vorliegt)  
Bescheinigung des Finanzamtes, dass eine Betriebsaufspaltung im Sinne des Steuerrechtes gegeben ist
  - Investitionsgüterliste - Anlage D
  - Identifikation durch zuverlässige Dritte
- Das Formular ist
- nur einzureichen, sofern noch keine Identifizierung vorgenommen wurde oder sich seit der letzten Identifikation Änderungen bei den handelnden Vertretern ergeben haben,
  - durch die identifizierende Stelle unverzüglich und unmittelbar an die ILB zu übermitteln.

nur bei Bedarf einzureichen:

- Erwerb gebrauchter Wirtschaftsgüter/Erwerb von Grundstücken und oder Immobilien - Anlage B
- Bestätigung/Einwilligung des Eigentümers (bei baulichen Vorhaben von Endbegünstigten in gemieteten oder gepachteten Betriebsstätten)
- Kopie der Baugenehmigung und/oder der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz